

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.09.2022

Top 5.2 **Beteiligungsbericht 2022** **MV/2022/079**

Der Geschäftsführer der Stadtwerke Wedel, Herr Maurer, gibt einen Lagebericht über das vergangene und das derzeit laufende Geschäftsjahr der Stadtwerke und der Badebucht.

2021 seien die Stadtwerke gut durch das Corona-Jahr gekommen. Es konnte mit einem Überschuss von 100.000 € über den Planzahlen abgeschlossen werden. Es wurden aus dem laufenden Geschäft hohe Rückstellungen gebildet, um sich auf den anbahnenden Anstieg der Energiepreise vorzubereiten. Ende 2021 seien die ersten Billig-Energieversorger pleitegegangen und nun beginnen auch die großen Versorger damit, die Lasten abzuwerfen und Bestandskunden zu kündigen. Diese Fälle müsse die Stadtwerke als Grundversorger auffangen und für diese ungeplanten Neuzugänge zusätzliche Energiemengen zu deutlich höheren Preisen einkaufen.

Es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,4 Mio. Euro erzielt, was sich aufgrund der Gewerbesteuerpflicht der Stadtwerke auch positiv auf Einnahmen der Stadt auswirke. Herr Maurer spricht einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die tolle Arbeit im vergangenen Jahr aus.

Die Badebucht habe 2021 das Planergebnis deutlich übererfüllt und konnte das geplante Defizit von 2,5 Mio. Euro auf 1,9 Mio. Euro senken.

In 2022 sei die Energiewelt noch unkalkulierbarer. Die Transformation war in solcher Heftigkeit nicht vorhersehbar. Sollte ein kalter Winter kommen, dann stehen die Stadtwerke vor großen Risiken. Der Umstieg zu erneuerbaren Energien müsse sei nun deutlich schneller erfolgen.

Bis Ende 2023 wird die Stadt in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken ein Wärme- und Kältekonzept vorlegen. Die Ausarbeitung laufe bis hierhin sehr gut.

Die Stadtwerke planen eine große Photovoltaikanlage auf den Dächern der Bootshallen im Hamburger Yachthafen zu installieren, welche eine der Größten in Schleswig-Holstein sein werde.

Auch bei der Badebucht könnte eine große Anlage installiert werden. Leider liege ein gesetzlicher Rahmen vor, der es nicht ermöglicht, solche Maßnahmen in dem erforderlichen Umfang umzusetzen. Vielen Ankündigungen der Regierung fehle letztlich die Umsetzung in entsprechende Gesetze. Dadurch wird die Umsetzung und Planung erschwert.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.